

Herr Lübken begrüßte den Wunsch, diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion zum Thema Sondersitzung zur Sportentwicklung zu behandeln. Er trug vor, dass das Sportentwicklungskonzept zwar an die aktuellen Gegebenheiten angepasst, jedoch für die Zukunft nicht ausreichend sei. Es sei verständlich, dass die Sportvereine ihre Belange bekunden und ihre Interessen wahren möchten. Es sei allen bekannt, dass es an verschiedenen Standorten Problemstellungen bei den Sportstätten gibt, für die bislang die Haushaltsmittel gefehlt haben. Beispielsweise sei die Bespielbarkeit des Rasenplatzes in Meindorf ein Problem.

Ein überarbeitetes Sportentwicklungskonzept sollte den Rahmen bilden für die aktuelle Anpassung an die Problemlagen der Schulen und Vereine. Man sollte ein überarbeitetes Konzept als Zieldefinition sehen. Ausgehend von einem gesteckten Ziel, müssten von der Politik in den nächsten Jahren planmäßig Mittel für die priorisierten Ziele in den Haushalt eingestellt werden. Nur auf diesem Wege werde man am Ende den Bedürfnissen langfristig gerecht werden können. Ein solcher Prozess werde sich über mehrere Jahre hinziehen.

Herr Lübken stellte in Aussicht, dass die Verwaltung vor der Sommerpause in der Sitzung am 05.07.2016 einen Verfahrensvorschlag unterbreiten werde, wie der Weg zu einem neuen Sportentwicklungskonzept gestaltet werden könnte. Hierbei müssen der Stadtsportverband und die einzelnen Sportvereine einbezogen werden. Es sollten die Bedarfe abgefragt und systematisiert werden und die Ergebnisse dem Kultur-, Sport- und Freizeitausschuss vorgelegt werden.

Im Anschluss daran erläuterte Herr Ehlert die Vorlage der Verwaltung zu TOP 12. Er erklärte, dass es sich zunächst um eine Initiative des VfR Hangelar zur Realisierung in Eigenregie gehandelt habe. Die sich kurzfristig ergebende Möglichkeit des Förderprogramms des Landes NRW ließ aufgrund der Eigentumsverhältnisse des Grundstücks nur die Realisierung durch die Stadt zu. Sollte die Maßnahme von der Jury des Landes berücksichtigt werden, läge der städtische Eigenanteil bei 10 % der Kosten.

Herr Ehlert wies darauf hin, dass im Förderprogramm überwiegend Gebäudeum- oder Neubauten gemeint seien, jedoch vom Land auch solche Projekte im Sportplatzbereich als antragsberechtigt angesehen worden seien. Aufgrund der Vielzahl der Anträge und des verhältnismäßig kleinen Fördertopfes müsse auch in Betracht gezogen werden, dass eine Förderung nicht gewährt werde.

Bei den von anderen Vereinen geäußerten Bedarfen wären teils deutlich höhere Investitionen durch die Stadt notwendig geworden. In Meindorf käme noch die Komponente der Auflagen der Unteren Landschaftsbehörde und die damit verbundene möglicherweise lange Dauer des Genehmigungsverfahrens hinzu.

Frau Roitzheim sprach sich aufgrund des intensiven Zuwachses von Mitgliedern insbesondere im Kinder- und Jugendbereich sowie von Flüchtlingen für die Realisierung des Kleinspielfeldes auf der Fläche der sich in schlechtem Zustand befindlichen Rasenfläche des Sportplatzes Hangelar aus.

Herr Kespohl teilte mit, dass er sich von der Verwaltung gewünscht hätte, früher vom aktuellen Fördertopf erfahren zu haben. Er sprach sich für ein faires und transparentes

aktualisiertes Sportstättenkonzept aus, das auch die neuen Komponenten Flüchtlinge oder neue Konzepte wie Hybridrasen berücksichtigen sollte. Man müsse alle Belange gesamtheitlich sehen und Priorisierungen vornehmen. Er wies darauf hin, dass auch der FC Adler Meindorf bereits Flüchtlinge integriert habe. Herr Kespohl brachte zum Ausdruck, dass er sich in der Nähe der geplanten Flüchtlingsunterkünfte in Menden einen Bolzplatz gut vorstellen könne.

Frau Borowski äußerte, dass sie ein Problem damit habe, dass der 10 %ige städtische Eigenanteil ohne ein neues Sportentwicklungskonzept den freiwilligen Bereich belaste, wenn hierdurch auf der anderen Seite Kürzungen vorgenommen werden müssten.

Herr Pütz begrüßte das Engagement der Vereine und stellte die Zustimmung der FDP-Fraktion in Aussicht. Er habe sich jedoch ein transparenteres Verfahren von der Verwaltung gewünscht.

Auch Herr Stiefelhagen erklärte, dass er es begrüßt hätte, wenn die Verwaltung rechtzeitig die Politik informiert hätte. Er warnte jedoch davor, dass man aufgrund der hohen Hürden, der großen Anzahl der erwarteten Projekte der Kommunen und der Höhe des Fördertopfes keine falschen Hoffnungen wecken sollte. Er erklärte, dass sich seine Fraktion sehr für den Erhalt der Sportstätten einsetze und wie wichtig es für den Sport sei, dass die durch Flüchtlinge belegten Sportstätten bald wieder freigegeben würden. Ein neues Kleinspielfeld könne im Sommer zur Entlastung beitragen. Er gehe davon aus, dass der erforderliche Betrag im Haushalt gedeckt sei, ohne dass andere hierdurch von Kürzungen betroffen sein werden.

Herr Heckeroth hält die Begründung des FDP-Antrages, Fördermöglichkeiten für alle Vereine aufzuzeigen, für problematisch. Es könnten unrealistische Erwartungen geweckt werden. Er vertrat die Ansicht, dass nach Möglichkeit die Sportstätten in den einzelnen Ortsteilen auch von Vereinen aus anderen Ortsteilen mitbenutzt werden sollten.

Herr Lübken erläuterte, dass das Sportstättenentwicklungskonzept die verschiedenen Teilaspekte Hallen, Sportplätze, Bäder und die Belange der Nutzer berücksichtigen müsse. Er betonte die Notwendigkeit einer politischen Priorisierung der Maßnahmen und den damit verbundenen priorisierten Einsatz von Haushaltsmitteln in den Finanzplänen der kommenden Jahre. Des Weiteren stellte Herr Lübken dar, dass zukünftige Förderprogramme nicht zwangsläufig auf eine getroffene Priorisierung passen müssten und ggf. von einer Reihenfolge abgewichen werden müsse. Er betonte, dass im aktuellen Verfahren die Antragsfrist von der Veröffentlichung am 14.12.2015 bis zum Fristende am 19.02.2016 äußerst kurz gewesen sei.

Herr Pütz betonte, dass die Stadt in der aktuellen Haushaltslage nicht auf die möglichen 80.000 € verzichten könne. Er regte an, im Rahmen der Ausschreibung des Kleinspielfeldes Mittel einzusparen.

Auf Nachfrage von Frau Borowski erklärte Herr Lindlar, dass sich der VfR Hangelar schriftlich bereiterklärt habe, mögliche Mehrkosten zu tragen, so dass sich der städtische Anteil von 10.000 € nicht erhöhen wird. Herr Lindlar verwies auf Nachfrage

von Herrn Pütz auf das Schreiben des VfR Hangelar, welches Anlage der Sitzungsvorlage ist.

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgte um 18.53 Uhr zur Beratung eine ca. zehnminütige Sitzungsunterbrechung.

Im Anschluss an die Unterbrechung erläuterte Herr Lübken auf Nachfrage von Frau Borowski, dass nach Aussage der Kämmerei keine freiwilligen Leistungen und damit auch Zuschüsse z.B. zum Seniorentheater aus dem konsumtiven Bereich betroffen seien. Hier gehe es um den investiven Bereich, für den der Kämmerer die Deckung in Aussicht gestellt habe.

Frau Borowski erklärte, dass die SPD-Fraktion unter diesen Bedingungen der Vorlage für das für Hangelar wichtige Kleinspielfeld zustimmen könne. Die SPD-Fraktion sehe aber auch die Wichtigkeit des von der FDP-Fraktion beantragten Sportentwicklungskonzeptes.

Im Anschluss wurde über den Beschlussvorschlag abgestimmt: